

Ein Jahr Taliban in Afghanistan: Lebensgefahr, Unterdrückung, Hunger und Chaos



Appell der afghanischen Frauengruppe „United Voice of Women for Peace“

Unsere Gruppe, die „United Voice of Women for Peace“, wurde im Jahr 2019 vom afghanischen Friedensministerium ins Leben gerufen, um die für die Friedensverhandlungen zuständige Kommission der afghanischen Regierung zu beraten und mit Konzepten zur Friedensstrategie zu unterstützen.

Doch nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 änderte sich die Situation für alle Frauen in Afghanistan dramatisch: Frauen werden systematisch aus der Öffentlichkeit verdrängt. Und alle, Frauen und Männer, die sich in den vergangenen Jahren für demokratische und rechtsstaatliche Strukturen eingesetzt haben, werden von den Taliban unterdrückt, verfolgt, verhaftet und getötet. Insbesondere in den Städten erfahren Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Medienschaffende, Juristinnen und Juristen, Sportlerinnen, Künstlerinnen und Künstler, ehemalige Regierungsmitarbeitende und Sicherheitskräfte eine massive Beschneidung ihrer Grundrechte und Freiheiten und müssen Vergeltung fürchten.

Auch wir selbst wurden bedroht, verfolgt und verhaftet. Fast zehn Monate lang waren wir in unserem eigenen Land auf der Flucht vor den Taliban. Wir zogen von einem Versteck zum anderen, weil unser Leben und das unserer Familien in Gefahr waren. Als Frauenrechtlerinnen haben wir uns jahrelang für das engagiert, was die Taliban verachten und bekämpfen: gleiche Rechte für Frauen und Männer, eine demokratische Verfassung, Frieden und Freiheit.

Wir riefen nach Rettung aus Afghanistan und mussten lange warten. PRO ASYL hörte unsere Stimme und setzte sich für unsere Aufnahme und die anderer verfolgter Menschen aus Afghanistan ein. Wir wurden aus der Hölle gerettet. Jetzt sind wir in Deutschland und in Freiheit. Aber die grausamen Taten der Taliban gegenüber Tausenden weiteren Frauen und Männern, die Ähnliches erleiden wie wir, gehen uns nicht aus dem Kopf. Auch ein Jahr nach der Machtübernahme der Taliban warten Zehntausende immer noch auf eine Aufnahmezusage und ihre Evakuierung. Der Prozess, bis eine Person endlich aus Afghanistan ausreisen darf, dauert viel zu lange.

In Deutschland angekommen, engagieren wir uns für diese Tausenden Zurückgelassenen, die für die demokratischen Werte stehen.

Unsere Forderungen an die deutsche Regierung:

1. Setzen Sie den Koalitionsvertrag sofort um. Dort wurde versprochen, diejenigen besonders zu schützen, „die Deutschland als Partner zur Seite standen und sich für Demokratie und gesellschaftliche Weiterentwicklung eingesetzt haben“. Die Koalition verabredete unter anderem „humanitäre Visa für gefährdete Personen“, eine Reform des Ortskräfteverfahrens, ein Bundesaufnahmeprogramm sowie eine Beschleunigung des Familiennachzugs.

2. Wenden Sie den § 22 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz für akut gefährdete Personen weiterhin an. Diese Regelung für humanitäre Visa muss auch neben einem künftigen Bundesaufnahmeprogramm weiter bestehen bleiben.
3. Evakuieren Sie Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Medienschaffende, Kulturschaffende, Juristinnen und Juristen, Ortskräfte und andere, die sich für die Menschenrechte, demokratische Werte und Entwicklung des Landes eingesetzt haben.
4. Reformieren Sie das Ortskräfteverfahren so, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen: Ortskräfte und akut gefährdete Personen müssen weiterhin auch außerhalb des Bundesaufnahmeprogrammes schnell und unbürokratisch aufgenommen werden können. Dafür ist eine Reform des Verfahrens nötig, die den Begriff der Ortskraft auf alle entlohnten und ehrenamtlichen Tätigkeiten für deutsche Institutionen, Organisationen und Unternehmen sowie Subunternehmen ausweitet. Das schließt zum Beispiel Personen ein, die für von der GIZ finanzierte Projekte gearbeitet haben oder als Selbstständige für diese Projekte tätig waren. Das Verfahren muss daher auch Ortskräfte, die vor 2013 entsprechend tätig waren, schützen.
5. Passen Sie den Begriff der Familie auf die Lebensrealität in Afghanistan an. Über die Kernfamilie hinaus müssen Familienmitglieder aufgenommen werden, die allein durch die Verwandtschaft ebenfalls gefährdet sind oder sich in Afghanistan nicht allein versorgen könnten.

Unsere Forderung an die Weltgemeinschaft:

6. Die Weltgemeinschaft darf die De-facto-Regierung der Taliban nicht anerkennen.
7. Humanitäre Hilfe darf nicht zur Anerkennung der Taliban führen oder diese unterstützen.
8. Auch ältere Mädchen müssen in Afghanistan wieder zur Schule gehen können. Wenn Organisationen oder Staaten Geld für Schulen in Afghanistan geben wollen, sollen sie ihre Geldzahlungen an die Bedingung knüpfen, dass Mädchen auch nach der sechsten Klasse den vollen Bildungsweg beschreiten können.
9. Die internationale Gemeinschaft muss sich dafür einsetzen, dass Frauen wieder in allen Bereichen und in den Behörden arbeiten dürfen.
10. Die Taliban-Führer dürfen keine Reisefreiheit bekommen, bevor sie nicht alle Menschenrechte anerkannt haben.
11. Die Organization of Islamic Cooperation (OIC) soll mit den Taliban in einen Dialog über islamische Werte treten, der die Friedfertigkeit des Islams und die Gleichwertigkeit aller Geschlechter zum Gegenstand macht. Zum Beispiel steht im Koran jedem das Recht auf Bildung zu und es wird, entgegen dem Verständnis der Taliban, gerade nicht nach Mann oder Frau unterschieden.
12. Die internationale Gemeinschaft muss die Ausgaben für humanitäre Hilfe für die afghanische Bevölkerung transparent machen. Derzeit ist unklar, wohin solche Gelder fließen.

Zur Situation in Afghanistan

Durch die drakonische Politik der Taliban werden Millionen Frauen und Mädchen ihres Rechts auf ein sicheres, freies und würdiges Leben beraubt. Die Frauen werden systematisch unterdrückt und diskriminiert, und auch im Haus haben sie keinen Schutz vor häuslicher Gewalt. Afghanistan ist das einzige Land auf unserem Planeten, in dem die Mädchen nicht zur Schule gehen dürfen.

Inhaftierungen, Folter und Zwangsehen bestimmen das Leben der Frauen.

Außerdem muss die ganze Bevölkerung in Afghanistan mit Unterdrückung, Tod und Verfolgung rechnen. Insbesondere in den Städten erfahren Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Medienschaffende, Juristinnen und Juristen, Sportlerinnen, Künstlerinnen und Künstler, ehemalige Regierungsmitarbeitende und Sicherheitskräfte eine massive Beschneidung ihrer Grundrechte und Freiheiten und müssen Vergeltung fürchten – ebenso politische Gegnerinnen und Gegner der Taliban und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und deren Angehörige. Es gibt Berichte über Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen bis hin zu Hinrichtungen.

Dabei war eine Etablierung einer starken Zivilgesellschaft eine der größten Errungenschaft der letzten 20 Jahre in Afghanistan. In den letzten 20 Jahren wurde durch das Engagement des afghanischen Staates, der Zivilgesellschaft und mit internationaler Unterstützung eine moderne Verfassung verabschiedet, die im zweiten Kapitel alle Aspekte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte über bürgerliche und politische Rechte beinhaltet.

Mit der Umsetzung der Verfassung wurden staatliche, juristische und menschenrechtliche Institutionen wie etwa die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) gegründet. Für die Umsetzung der Rechte der Frauen wurde eine eigene Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ins Leben gerufen. So entstand eine Zivilgesellschaft, die hinter dieser Verfassung und den damit einhergehenden Freiheitsrechten stand – vor allem in den Großstädten.

Am 29. Februar 2020 unterzeichneten die USA und die Taliban in Doha ihr gemeinsames Abkommen „Bringing Peace to Afghanistan“. Damit wurden Bedingungen für einen vollständigen Abzug der internationalen Truppen bis zum 30. April 2021 und die Aufnahme von innerafghanischen Friedensverhandlungen geschaffen. Zu diesen Friedensverhandlungen ist es nie gekommen. Es ist offensichtlich, dass es nie im Interesse der Taliban lag, Friedensverhandlungen zu führen.

Durch den fluchtartigen Abzug der westlichen Truppen sind die Taliban an die Macht gekommen. Dadurch wurden alle verraten, die sich in den letzten 20 Jahren für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben. Auch den westlichen Mächten muss klar gewesen sein, dass der fluchtartige Abzug zum Zusammenbruch auf allen Ebenen führt: militärisch, humanitär und demokratisch. Es ist ein rechtsfreier Raum entstanden, in dem die Taliban ohne jegliche Kontrolle zunehmend brutal agieren. Zudem wurde Afghanistan wieder Zentrum von terroristischen Netzwerken.

Doch der Westen hat sich aus der Verantwortung gezogen. Das mindeste, was er nun tun kann, ist, viele Menschen zu retten, die akut bedroht sind. Politisch Gefährdete müssen ausreisen dürfen. Und gleichzeitig muss der Westen für eine massive Unterstützung der im Land Bedrohten sorgen. Denn Zehntausende verhungern, die Krankenversorgung bricht zusammen, das Land versinkt im Chaos.

Frauen der Gruppe „United Voice of Women for Peace“
Frankfurt, 4. August 2022